

DIE GAZETTE

DAS POLITISCHE KULTURMAGAZIN

NUMMER 41 / FRÜHJAHR 2014



Zurück ins 19. Jahrhundert? Europa und der wiederaufflammende Nationalismus

Die Stimme des Intellektuellen:

ALLES ODER NICHTS

Robert Menasse

Das Interview:

WIR WOLLEN KEINE WELTPOLIZISTEN SEIN

Jo Leinen

Die Analyse:

DIE SCHWEIZ BLEIBT EIN SONDERFALL

Jürg Müller-Muralt

Die Bildreportage:

BEGEGNUNGEN IN TRANSKARPATIEN

Christian Müller

D, A: 9 Euro, CH: 15 Franken



DIE WILLENSNATION

Die Schweiz bleibt ein Sonderfall

Die moderne Schweiz hat sich nicht um eine einzige Sprache herum gebildet und gilt deshalb als multi-ethnische Willensnation: Was die Schweiz im Innersten zusammenhält, und warum dieses historische Erfolgsmodell heute gefährdet ist.

*Von Jürg Müller-Muralt**

Die Schweizerinnen und Schweizer hören es gerne und betonen es auch sehr oft: Ihre Alpenrepublik ist das Land der vier Sprachen und Kulturen. Das tönt nach friedlichem Zusammenleben, nach Offenheit und Toleranz. Alles nur Heuchelei und Phrasendrescherei, findet dagegen der in Berlin lebende Westschweizer Journalist José Ribeaud: „Denn in Wahrheit ist der Dialog zwischen den Sprachgemeinschaften zu Ende (...), der nationale Zusammenhalt eine Fiktion (...), die Mehrsprachigkeit der Schweizer eine Illusion.“ Sein Buch mit dem ebenso pessimistischen Titel „Vier Sprachen, ein Zerfall: Wie die Schweiz ihren wichtigsten Vorteil verspielt“ (Verlag Nagel und Kimche, 2013) sei ein „dringender, schon fast verzweifelter Appell zur Rettung der Nationalsprachen“, schreibt der ehemalige Fernsehkorrespondent und Chefredakteur.

Ribeaud stützt seinen tristen Befund vor allem auf zwei Entwicklungen: den Vormarsch des Englischen und den immer hemmungsloseren Gebrauch der Dialekte anstelle des Hochdeutschen in der deutschsprachigen Schweiz. Beides gefährdet die Kommunikation zwischen den schweizerischen Sprachgruppen. Sprachen sind eben gerade nicht nur Kommunikationsmittel und nicht nur instrumentell zu verstehen. Sie sind nicht neutral, sondern Träger von Mentalitäten, Denkweisen und Kulturen, sie beeinflussen das Verhältnis von Bürger und Staat und auch jenes zwischen den Bürgerinnen und Bürgern. Fällt das Bewusstsein für den Wert und die Pflege der Mehrsprachigkeit im mehrsprachigen Land weg, kann es heikel werden.

*) Die Redaktion hat beschlossen, im Sinne differenzierter Sprachkulturen Texte von Schweizer Autoren in schweizerischer Rechtschreibung wiederzugeben.

Die Schweiz hat sich, entgegen dem Trend im 19. und 20. Jahrhundert, nicht um eine einzige dominante Sprache herum gebildet. Sie ist vielmehr geprägt von der Entwicklung weitreichender politischer Rechte und Freiheiten, einem stark ausgebauten kantonalen Föderalismus mit lokaler Autonomie. Die Sprachenfrage war kein Kristallisationspunkt der Nationswerdung, aber eben auch kein hemmender Faktor. Sie ist nicht Gegenstand eines Mehrheits- und Minderheitsdiskurses und darf das auch nicht sein. Entscheidend ist das gleichberechtigte Miteinander. Insofern – und das ist das Dialektische an der Schweiz – ist die Sprachenfrage dann doch wiederum von erheblicher Bedeutung, ganz einfach deshalb, weil die Mehrsprachigkeit das augenfälligste Merkmal schweizerischer Pluralität und damit ein Seismograph dafür ist, wie stark sich allenfalls zentrifugale Kräfte unter der Oberfläche der Willensnation Schweiz bemerkbar machen.

... weder ethnisch noch sprachlich noch religiös eine Einheit

Der aus dem 19. Jahrhundert stammende Begriff der Willensnation hat im Lauf der Zeit zwar etwas Patina angesetzt, aber er erfreut sich immer noch grosser Beliebtheit und durchaus auch definitorischer Kraft. Die Homepage der schweizerischen Bundesbehörden stellt gleich auf der Startseite ohne Umschweife klar: „Die Schweiz ist eine Willensnation. Sie bildet weder ethnisch noch sprachlich oder religiös eine Einheit.“ Hinzufügen könnte man noch die augenfällige Tatsache, dass das deutsch-, französisch-, italienisch- und rätoromanische Sprachgebiet auch geographisch al-



Napoleon schickte nicht nur Truppen in die Schweiz, er brachte auch die Ideen der Französischen Revolution ins Land.

les andere als ein einigermaßen geschlossenes Territorium darstellt; Sprach- und Religionsgrenzen sind zudem auch nicht durchwegs deckungsgleich mit den Kantonsgrenzen. Der Alpenhauptkamm mitten durch die Schweiz bildet als topographisch markante Scheidelinie das „Dach Europas“. Aber er trennt die Schweiz nicht, sondern wirkt mit seinen für den ganzen Kontinent wichtigen Verkehrswegen – früher Pässe, heute Tunnel – seit jeher wie eine Klammer für die Schweiz.

In der Bundesverfassung taucht der Wille ebenfalls auf: Volk und Kantone geben sich ihr Grundgesetz „im Willen, in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung ihre Vielfalt in der Einheit zu leben“. Und auch in der politischen Publizistik findet der Begriff immer wieder Verwendung: Der frühere Bundesrat und Finanzminister Kaspar Villiger hat seinem Buch von 2009 zur Lage der Nation den Titel gegeben „Eine Willensnation muss wollen.“ Für Villiger ist klar: „Eine Nation, die nicht auf ethnischer Zugehörigkeit, sondern auf einer kulturellen Leistung beruht, ist eine enorme Chance.“ Er verweist auf die Integrationskraft des Landes, auf die grosse Zahl von Einwanderern, „die enorm viel mitbrachten und bei denen man schon bald nicht mehr realisierte, dass sie von aussen gekommen waren“. Die Erfolgsgeschichte der

Schweiz „wäre ohne diesen Zustrom an Ideen und Unternehmergeist niemals Realität geworden“.

Die französischen Truppen hinterliessen nicht nur Kriegsspuren

Ein Blick in die Geschichte zeigt in der Tat: Allein durch den Willen der Alteingesessenen gäbe es die Willensnation Schweiz nicht. Impulse aus dem Ausland und Wechselwirkungen mit europäischer Machtpolitik führten die Schweiz auf den Weg in die Moderne. Ohne die Französische Revolution und den durch Napoleon ausgelösten Modernisierungsschub ist auch die Mehrsprachigkeit nicht zu verstehen. Bis 1798 war die Eidgenossenschaft deutschsprachig dominiert, Deutsch die allein rechtsgültige Behörden- und Urkundensprache. Französischsprachige Gebiete – und auch das südlich der Alpen gelegene italienischsprachige Tessin – waren so genannte Untertanengebiete und weitgehend rechtlos. Erst die Ideen der Französischen Revolution und die Truppen Napoleons brachten die Gleichheit der Bürger und die Gleichheit der Sprachen.

Ein rücksichtsvoller Bürgerkrieg wurde zur Basis der Willensnation

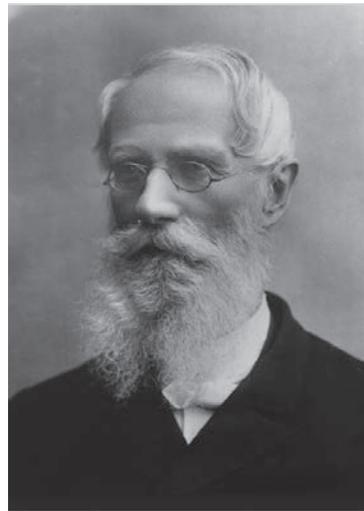
Die folgenden Jahrzehnte brachten auch wieder Rückschläge, aber das Prinzip war eingepflanzt. Der Kampf um Demokratie, politische Rechte, Freiheit und einer auf Solidarität beruhenden Nation fand – nach kurzem Bürgerkrieg – in der Gründung des Bundesstaates 1848 sein vorläufiges Ende. Dieser Bürgerkrieg, der Sonderbundskrieg von 1847, dauerte nur 25 Tage und forderte insgesamt lediglich 93 Tote. Das für die im Werden begriffene Willensnation Entscheidende lag – wie fast immer nach Kriegen – im Umgang der Sieger mit den Besiegten: Die siegreichen fortschrittlichen liberal-demokratischen Kräfte, die den Bundesstaat wollten, nahmen Rücksicht auf die unterlegenen konservativen Kräfte. Progressive zentralistische Lösungen wurden gebremst zugunsten des eher konservativen Anliegens der Souveränität der Kantone.

Die nationale Revolution in der Schweiz – immerhin die einzige erfolgreiche liberal-demokratische Revolution in Europa Mitte des 19.

Jahrhunderts – wurde gar aus dem allgemeinen Bewusstsein verdrängt. Dies deshalb, „weil die Nachfahren der Revolutionäre, also die Sieger im Kampf um den Nationalstaat, die Unterlegenen nicht beständig an ihre Niederlage erinnern und diese umgekehrt nicht ständig erinnert werden wollten“, wie der Historiker Tobias Kästli („Die Schweiz – eine Republik in Europa“, Verlag Neue Zürcher Zeitung, 1998) schreibt. Das führte schliesslich dazu, dass die Schweiz nicht ihre erfolgreiche Staatswerdung in der Moderne zum Angelpunkt ihrer Selbstvergewisserung gemacht hat, wie etwa Frankreich mit der Revolution von 1789, sondern nationale Mythen um Wilhelm Tell und den Rütlichschwur aus frühesten historischen Zeiten. Kästli: „Die schweizerischen Geschichtsschreiber bemühten sich, den kränkelnden Umstand zu verdrängen, dass die nationale Revolution 1798 mit der Intervention einer fremden Armee begonnen hatte. Deshalb verknüpften sie die nationale Identität nicht mit den Revolutionen, sondern mit der unverfänglichen mittelalterlichen Geschichte.“

Die Schweiz erklärte sich zum Sonderfall und wurde so zum „Musterstaat“

Bis ins 19. Jahrhundert war die Schweiz punkto Fläche und Bevölkerungszahl europäischer Durchschnitt. Mit der Nationalstaatsbildung in Deutschland und Italien sah sich die Schweiz plötzlich als ziemlich unbedeutender Kleinstaat. Zudem lud sich nach 1870 der Nationalismus mit völkisch-rassistischem Gedankengut auf. Der kleine Vielvölkerstaat Schweiz kam in Begründungsnotstand. Welche Daseinsberechtigung hatte er in diesem Umfeld? Als Sonderfall, lautete die Antwort des Staatsrechtlers Carl Hilty (1833-1909), und er lieferte damit den Begriff, der zusammen mit jenem der Willensnation das Selbstverständnis der Schweiz bis heute prägt. Doch Sonderfall bedeutete für ihn nicht Abschottung und Selbstgefälligkeit, im Gegenteil: „Unser Vaterland ist eines der hervorragendsten Beispiele dafür, wie eine kräftige politische Idee unbedeutende und ungleichartige Volksstämme zu einem bedeutenden Staate umbilden kann.“ Im Zentrum dieser politischen Idee steht die „Volksfreiheit“, und er pos-



*Carl Hilty
Schweizer
Staatsrechtler,
1833 – 1909*

tulierte, die Schweiz müsse „ein Musterstaat auch für andere und nicht bloss egoistisch auf sich und seine kleinen Bedürfnisse reduziertes Staatswesen sein. Das ist ihr weltgeschichtlicher Beruf. Sonst hat sie keinen rechten inneren Grund zu existieren.“ Die Suche Hiltys nach einer starken Legitimation für den kleinen multi-ethnischen Staat gipfelte in einer politischen Idee, die nach seiner Lesart auch auf Frieden und Gerechtigkeit in der Welt ausstrahlen sollte.

Der staatspolitische Idealismus Hiltys blieb zwar über weite Strecken schöne Programmatik. Doch Inklusion statt Exklusion, Ausgleich statt Konfrontation, Integration statt Separation blieben die Grundtextur des schweizerischen Staatsverständnisses, mit allen Rückfällen, Verzögerungen, Unvollkommenheiten und eben auch Spannungen und Zerreihsproben: So haben beispielsweise im Ersten Weltkrieg unterschiedliche Sympathien zu den kriegführenden Parteien die Deutschschweiz und die Westschweiz fast auseinandergerissen, trotz offizieller Neutralitätspolitik. Die Arbeiterklasse und die politische Linke wurden spät in die staatlichen Strukturen integriert, und die Frauen blieben unerträglich lange gänzlich aus der Politik ausgeschlossen – bis sie 1971 endlich wählen und abstimmen durften.

Und trotzdem liegt gerade in dieser Retardierung ein Teil des Geheimnisses der schon fast legendären Stabilität der Schweiz: Die stark ausgebauten Volksrechte (Initiativen und Referenden) führen zu jährlich mehrmaligen landesweiten,

kantonalen und kommunalen Volksabstimmungen mit vorgängig teilweise harten politischen Debatten. Das alles braucht langwierige Aushandlungsprozesse, viel Überzeugungsarbeit auf allen Seiten und damit vor allem viel Zeit. Aber wenn einmal entschieden ist, ist die Akzeptanz des Entscheids in der Regel hoch.

Antizentralistisch und konsensorientiert

Hier werden die zwei wesentlichen Faktoren einer Willensnation sichtbar: die föderalistische Struktur und die auf Konsens ausgerichtete politische Kultur. Ein mehrsprachiges Land mit ausgeprägten regionalen Mentalitäten ist ohne tief verankerten Föderalismus nicht denkbar. Die Schweiz ist kein von oben verordneter dezentralisierter Staat, sondern ein von unten aufgebautes nichtzentralisiertes Gebilde. Die starke Stellung der Kantone kommt auch im Zweikammersystem des nationalen Parlaments deutlich zum Ausdruck: Der Ständerat mit je zwei Vertretern pro Kanton (und je einem für die sechs kleinen Halbkantone) ist dem Nationalrat, der Volkskammer, vollständig gleichgestellt. Jede Verfassungsänderung, die ohnehin zwingend einer Volksabstimmung unterliegt, muss nicht nur von der Mehrheit des Volkes, sondern auch von der Mehrheit der Kantone genehmigt werden. Dieses Instru-

ment des Ständemehrs wirkt, zusammen mit dem Ständerat, als antizentralistische Bremse.

Zu diesem Antizentralismus gehört auch die starke Gemeindeautonomie: Ob Grossstadt oder 300-Seelen-Dorf, die Schweizer Gemeinden funktionieren alle wie kleine Republiken, die beispielsweise die Steuern selbstständig bestimmen können. Dieses System der kommunalen Selbstverantwortung fördert auch das Verständnis dafür, dass Demokratie sich nie nur in Wahlen erschöpfen kann, sondern ein ständiger Aushandlungsprozess ist, der irgendwann in einen Kompromiss führen muss. Und es führt zur Einsicht, dass immer irgendjemand zu einer Minderheit gehört, dass Minoritäten – insbesondere ethnische und sprachliche – nicht überfahren werden dürfen und im optimalen Fall in politischen Institutionen etwas stärker vertreten sein sollten, als es ihrer zahlenmässigen Stärke entspricht.

Eine Willensnation funktioniert allerdings nur durch den Willen zur Partizipation, durch ein überdurchschnittliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Die rund 2 350 Schweizer Gemeinden werden von über 15 000 Exekutivmitgliedern geführt, die meisten von ihnen nehmen diese Aufgabe im Nebenamt wahr. Ein noch viel grösserer Personenkreis arbeitet in Parlamenten und Ausschüssen mit. Die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung macht es jedoch vor allem für kleine Gemeinden immer schwieriger, diese Zehntausenden von Freiwilligen und meist ehrenamtlich Tätigen zu finden. Der Mythos der Gemeinde als Hort von Bürgernähe, Basisdemokratie und Willensnation hat deshalb viel von seinem früheren Glanz eingebüsst.

Ausgerechnet eine nationalkonservative Partei schert aus und gefährdet hohe Werte

Auch führen verschiedene Trends weg von der Konkordanzkultur. Paradoxerweise war es ausgerechnet die rechtspopulistische Schweizerische Volkspartei (SVP) als selbst ernannte exklusive Hüterin helvetischer Werte, die durch Kompromisslosigkeit und jahrelange massive Verunglimpfung des politischen Gegners der schweizerischen politischen Kultur massiven Schaden zugefügt hat.

Subsidiarität

Die direkte Demokratie der Schweiz basiert auf dem Prinzip der Subsidiarität. Im politischen Bereich versteht man unter Subsidiarität das Prinzip, dass alles auf der unterstmöglichen Ebene geregelt werden soll und dass die notwendigen Kompetenzen dazu auf der unterstmöglichen Ebene, also zum Beispiel auf der Gemeinde- oder auf der Kantonsebene angesiedelt sein sollen. Bei Urnengängen mit Sachabstimmungen in der Schweiz fallen deshalb oft gleichzeitig unterschiedliche Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen an, nicht nur Entscheidungen auf nationaler bzw. Bundesebene. Die Stimmbürger erhalten dann drei unterschiedliche Stimmzettel.

Wenn dann auch noch die Kultur der Mehrsprachigkeit unter Druck gerät und einem gleichgültigen Nebeneinander weicht, dann kann der notwendige Kitt der Willensnation spröde werden. Denn gelebte Mehrsprachigkeit erfordert dauernde Zusatzanstrengungen. Es nützt wenig, dass sämtliche behördlichen Texte der Bundesverwaltung in allen Landessprachen verfasst werden, wenn sich ein Genfer und ein Zürcher nur noch in Englisch verständigen können. Ganz so dramatisch, wie es der eingangs zitierte José Ribeaud schildert, ist die Lage allerdings nicht, auch wenn sich an einigen Stellen Risse zeigen.

Die ausgebaute direkte Demokratie der Schweiz ist weltweit einzigartig

Oft wird das Bild von der Schweiz als ein Europa im Kleinen bemüht, weil sie in sich drei grosse europäische Kulturen vereint. Politisch hat sie sich aber immer stark abgegrenzt und sich

als Sonderfall verstanden – was sie tatsächlich in einigen Bereichen auch war und immer noch ist: Die stark ausgebaute direkte Demokratie auf allen Stufen des Staates ist weltweit einzigartig. Die Angst, diese zu verlieren, ist einer der Gründe, weshalb die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer für eine volle Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union nicht zu haben ist. Das ist insofern tragisch, als die Schweiz mit ihrer politischen Kultur, ihren republikanischen Tugenden, ihrer direkten Demokratie, Subsidiarität und dezentraler Entscheidungsfindung und ihrem multiethnischen Zusammenleben auch auf europäischer Ebene einiges an Erfahrung einbringen könnte. Doch es scheint eher so zu sein, dass die Schweiz ihr Erfolgsmodell der Willensnation auch unter veränderten Bedingungen und bei aller wirtschaftlichen Offenheit und Verflechtung auf politischer Ebene mit einer Strategie der Abgrenzung in die Zukunft zu retten versucht. 



Zürich versteht sich als weltoffene Stadt. Aber ausgerechnet hier sitzen auch die Wortführer der nationalkonservativen Schweizerischen Volkspartei SVP, die sich von Europa abschotten wollen und eine ausländerfeindliche Politik betreiben.

(Foto: Patrick Frank www.netwalk.ch)

ABSTIMMUNG VOM 9. FEBRUAR 2014 IN DER SCHWEIZ

Eine Willensnation setzt ihre Stabilität aufs Spiel

Ein Kommentar von Jürg Müller-Muralt

Die Schweizerinnen und Schweizer haben etwas getan, was sie üblicherweise nicht tun: Sie haben sich in ein politisches Abenteuer gestürzt. Mit 50,3 Prozent haben sie am 9. Februar 2014 äusserst knapp der so genannten Masseneinwanderungsinitiative der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei SVP zugestimmt – und riskieren mit diesem faktischen Nein zur Personenfreizügigkeit die bilateralen Verträge, den Mittelweg zwischen Abseitsstehen und EU-Beitritt. Dank diesen Verträgen konnte die Schweiz massgeschneidert von einem hohen Grad an europäischer Integration und vom Binnenmarkt profitieren, ohne gleich Mitglied zu werden. Ein äusserst attraktives Spezialarrangement. Das alles ist nun mit der Annahme der Initiative, welche die Zuwanderung mit Kontingenten steuern will, in Frage gestellt. Zusätzlich beunruhigend ist der Umstand, dass voraussichtlich nächstes Jahr eine weitere Volksinitiative zur Abstimmung kommt, welche die Zuwanderung sogar noch stärker einschränken will. Sie hat eine ökologische Stossrichtung und spricht deshalb ein potenziell noch breiteres Publikum an als das soeben angenommene Volksbegehren.

Starke Zuwanderung kennen alle prosperierenden Regionen der Welt. Alle – auch die Gegner der Initiative – haben fast ausschliesslich von Problemen gesprochen und damit die kulturelle Hegemonie des rechtsnationalen Abschottungsdiskurses verstärkt. Der fast unglaubliche Erfolg der weltoffenen, multikulturellen Willensnation Schweiz blieb argumentativ auf der Strecke. Nun wird das Gift der Unsicherheit in jeden Winkel der Gesellschaft eindringen. Die Planungssicherheit für die Wirtschaft ist weggebrochen. Die politische Stabilität steht

auf dem Prüfstand, denn die beiden fast gleich grossen Lager stehen sich unversöhnlich gegenüber. Und damit hat auch die nationale Kohäsion weitere Risse erhalten. Die von der Deutschschweiz überstimmte, europafreundlichere französischsprachige Schweiz musste sich von SVP-Übervater Christoph Blocher mit den Worten beleidigen lassen: „Die Welschen hatten immer ein schwächeres Bewusstsein für die Schweiz.“ Blocher rüttelt mit dieser Haltung am Kerngehalt der Willensnation, nämlich am Willen zum Ausgleich. Er grenzt die Unterlegenen aus, statt auf sie zuzugehen.

Diese Zerrüttung der politischen Kultur ist die Begleitmusik der um sich greifenden Ratlosigkeit und Ungewissheit. Gewiss ist nur eines: Die Schweiz ist nach diesem Volksentscheid abhängiger von der EU als je zuvor. Denn jetzt gibt Brüssel den Takt vor. Die EU wird die Einhaltung der bilateralen Regeln durchsetzen müssen. Weil die Union nicht laufend Sonderwünsche erfüllen kann, die sie den eigenen Mitgliedstaaten nicht gewährt.

Wenn sich nicht flexible Lösungen finden lassen, werden die Schweizerinnen und Schweizer wohl bald einmal die schlichte Frage beantworten müssen: Wollen sie nun konsequent den vollständigen Rückzug ins europapolitische *Réduit*^{*)} und ins wirtschaftliche Jammertal? Oder klopfen sie, wenn ihnen das Wasser bis zum Hals steht, als Bittsteller an die Tür in Brüssel und treten der EU bei?

*) Das Schweizer *Réduit* war im Zweiten Weltkrieg ein System von militärischen, oft unterirdischen Festungen in den Alpen, die praktisch als uneinnehmbar galten. Seither ist das „*Réduit*“ das Symbol für die (sinnlose) Verschanzung und Abschottung ohne wirtschaftlichen und mentalen Austausch mit der offenen Welt.